

Voller Tapezieren u. Portefeuller Zeitung

Organ des Deutschen Sattler, Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdenstraße 10 b^{III}
Fernsprecher: Amt Morikplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Praktische Sozialpolitik.

Das Ziel der Sozialpolitik ist darauf gerichtet, die wirtschaftliche Lage der bedrückten Volksschichten zu heben, ihren Angehörigen den erforderlichen Schutz gegen die Wechselfälle des Lebens wie Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter zu sichern, sowie die aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise entspringenden sonstigen sozialen Mißstände zu beseitigen oder doch zu mildern. Daß innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung sozialpolitische Maßnahmen nicht mehr erntbar werden können, dürfte gegenwärtig allgemein anerkannt werden. Dagegen gehen die Ansichten über die von der Sozialpolitik einzuschlagende Richtung sowie über die zur Anwendung kommenden Mittel je nach der sozialpolitischen Einstellung der in Betracht kommenden Kreise noch weit auseinander.

Die vielfach vertretene Auffassung, daß eine gute Wirtschaftspolitik nicht bloß die beste, sondern überhaupt die einzig brauchbare Sozialpolitik ist, hört sich in der Theorie ganz gut an. Nur ist den unter der sozialen Not Leidenden damit wenig geholfen. Gegenüber könnte man sie auf die freiwillige soziale Hilfe verweisen. Erforderlich wäre hierfür lediglich die Einsicht des Unternehmertums, die Notwendigkeit ausreichender sozialer Einrichtungen für ihre Betriebe anzuerkennen, diese im Einzelnen mit ihren Arbeitern zu schaffen sowie Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß die Arbeiter dabei menschenwürdig leben können.

Für diese sozialpolitische Regelung fehlen jedoch die notwendigen Voraussetzungen. So gibt innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung weder eine derart ideale Wirtschaftspolitik, die auf die Bedürfnisse der bedrückten Schichten Rücksicht nimmt, noch besitzen die Unternehmer die für ein so weitgehendes Entgegenkommen erforderliche soziale Einsicht. Wenn auch die Arbeiter infolge der Stärke ihrer gewerkschaftlichen Organisationen und der Ausbreitung der politischen Arbeiterbewegung nicht vollständig einflusslos sind, so wird doch die Richtung der Wirtschaftspolitik noch immer überwiegend von dem großkapitalistischen Unternehmertum und den Großparteien bestimmt, wobei die bedrückten Schichten in der Regel benachteiligt werden. Die soziale Einsicht des Unternehmertums kommt nur in verschwindend geringem Umfange zur Geltung, weit dort noch immer die Auffassung herrscht, daß private soziale Einrichtungen nicht nur überflüssig, kostspielig, sondern selbst nachteilig sind. Aus der gleichen sozialen Einstellung finden sie sich mit wenigen Ausnahmen freiwillig nicht dazu bereit, den Arbeitern Angelegenheiten in der Richtung einer liberalen Festschreibung der Löhne und Arbeitsbedingungen zu machen.

Bei dieser Sachlage ist die soziale Gesetzgebung eine Notwendigkeit, an deren Ausgestaltung und Durchführung die Arbeiter das größte Interesse haben. Nur durch staatlichen Zwang lassen sich die für den Schutz der Arbeiter erforderlichen Einrichtungen gegen die aus der privatkapitalistischen Produktionsweise entstehenden, Leben, Gesundheit und Sittlichkeit bedrohenden Gefahren treffen. Die freiwillige soziale Fürsorge wird dadurch nicht ausgeschlossen. Doch den gemachten Erfahrungen hat sie nur eine sehr untergeordnete Bedeutung. Zum Teil sind diese freiwilligen Einrichtungen überhaupt erst durch die soziale Gesetzgebung angeregt worden, indem sie eine gewisse erzählerische Wirkung auf die Unternehmer auslöste, zum Teil aber derart, daß die Arbeiter ihnen mit größtem Mißtrauen gegenüberzutreten müssen. Denn viele dieser als sozial bezeichneten Einrichtungen dienen weniger der sozialen Besserstellung der Arbeiter als den Unternehmern, sind von letzteren entweder unter dem Zwange gewisser wirtschaftlicher Notwendigkeiten oder zu dem Zwecke herbeigeführt worden, sich auf diese Weise einen Stamm billiger, williger und abhängiger Arbeiter zu schaffen.

Die deutsche Sozialgesetzgebung hat sich im Laufe der Zeit zu sehr wesentlichem Umfange entwickelt.

Sie erstreckt sich nicht nur auf den Schutz der Arbeiter gegen die unmittelbaren Betriebsgefahren, sondern auch auf die Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter. Darüber hinaus umfaßt sie die Erwerbslosenfürsorge, den Jugendbeschutz, Mutter- und Säuglingschutz sowie die Wohnungsfürsorge. Endlich geht sie mit den Vorschriften der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Dienstvertrag, dem Betriebsrätegesetz, Arbeitszeitgesetz, der Tarif- und Schlichtungsordnung auch in weitem Umfange auf das arbeitsrechtliche Gebiet über. Diese Fülle der sozialpolitischen Gesetze ist aber — wie die praktische Beobachtung nur zu deutlich beweist — für die soziale Lage der Arbeiter nicht maßgebend. Man kann nur behaupten, daß wenn sie nicht bestände, die Verhältnisse der Arbeiter noch un-

auf die Regierung zu mächtig, der Einfluß der Arbeiterschaft zu gering, wenn auch glücklicherweise nicht mehr so schwach, daß er völlig ignoriert werden könnte. Diesem Einfluß ist es im wesentlichen zuzuschreiben, daß sich die sozialen Arbeiterschutzvorschriften im allgemeinen durchgesetzt haben. Das soziale Verständnis der Unternehmer ist daran ziemlich unbeteiligt. Das soll nicht bejagen, daß es sozial denkende Unternehmer nicht gibt. Diese sind vorhanden, nur aber sehr dünn gesät. Die Mehrzahl fügt sich lediglich dem Druck, der auf sie ausgeübt wird und gibt ihm, wenn auch widerwillig, nach. Daran vermag alles Gerede von wachsender sozialer Einsicht in den Kreisen des Unternehmertums nichts zu ändern.

Die deutsche Sozialpolitik muß vorwärts getrieben werden. Das kann aber nur geschehen, wenn der Einfluß der Arbeiter auf die Gesetzgebung wächst, es ihnen gelingt, den hierfür erforderlichen Druck auf die maßgebenden Behörden wie auf das Unternehmertum zu verstärken. Dazu bedarf es einer Erweiterung des Verständnisses für die Aufgaben der Sozialpolitik bei den Arbeitern selbst. Bis jetzt ist dieses Verständnis trotz der nicht zu bestreitenden Fortschritte noch nicht in dem Maße entwickelt, wie es der Fall sein sollte. Nur zu viele Arbeiter kennen die sozialpolitischen Ergründlichkeiten der Arbeiterbewegung kaum dem Namen nach. Von der Durchführung der sozialpolitischen Vorschriften wissen sie noch weniger. Zu dieser Unkenntnis trägt die Unübersichtlichkeit der Sozialgesetzgebung sehr viel bei, die es selbst dem mit den einschlägigen Verhältnissen einigermaßen Vertrauten schwer macht, sich in dem Labyrinth von sozialen Gesetzen, Verordnungen und Bekanntmachungen zurechtzufinden. Dieser Mangelbestand läßt sich durch Abhilfe. Von einer sozialen Arbeiterschutzgesetzgebung muß man verlangen, daß sie dem Arbeiter zugänglich ist, er Gelegenheit erhält, sich in sie einzufinden. Das ist um so notwendiger, als ohne eine praktische Mitarbeit der Arbeiter an der Sozialpolitik diese ihre Aufgaben nicht erfüllen kann. **Mallutat.**

Kollegin! Kollege!

Verdame nicht, deine Verbandsbeiträge pünktlich zu bezahlen.

Du verlierst sonst deine Mitgliedschaft und deine Rechte.

Die Zeitverhältnisse fordern geheimerisch unseren organisatorischen Zusammenhalt im Verband.

Deshalb keinen Kleinmut, wenn die Not der Zeit auch groß ist.

Es kommt auch wieder besser, dann müssen wir größer sein, sonst entfällt uns der günstige Augenblick ungenützt.

Stauert der Zahnenstich einiger Missetzer, sammelt neue Mitkämpfer!

Wenn der bessere Morgen tagt, müssen wir bereit sein.

Bereit sein ist alles, darauf kommt es an!

Auf zur Tat!

Rafft euch alle auf, Kollegen!
Steh' jeder seinen Mann.
Helft neue Saat zu legen,
Spannt alle Kräfte an!
Müht euch in jedem Lande,
Macht die Kollegen frei!
Führt sie zu dem Verbands.
Den Leuten halt herbei!
Woh! sind wir stark, doch stärker
Muh wachsen unsere Kraft.
Lehrt emsig jedem Werter,
Vereinigung schafft Macht!

günstiger wären als sie es sind. Wäre allein die Zahl der vorhandenen sozialpolitischen Gesetze entscheidend, dann müßte die soziale Lage der Arbeiter in Deutschland wesentlich besser sein.

Die Menge macht es aber bekanntlich nicht. Wesentlicher und bedeutungsvoller ist vielmehr das Maß von sozialem Verständnis bei den mit der Durchführung der sozialpolitischen Gesetze betrauten Behörden, bei den Arbeitgebern sowie schließlich das Verständnis derjenigen, zu deren Schutze diese Gesetze dienen sollen. Soweit die Behörden als Ausführungsglieder in Betracht kommen, kann bei ihnen im allgemeinen das soziale Verständnis wie der gute Wille zur Durchführung der sozialpolitischen Gesetze angenommen werden. In ihrer Stellungnahme sind sie jedoch von der oberen Leitung abhängig. Diese wiederum steht in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Lage. Je nach dem hieraus ergebenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen drängt sie vorwärts oder stellt sich dem weiteren Vorandrängen entgegen, stets bestrebt, möglichst neutral durch die vorhandenen politischen und wirtschaftlichen Strömungen hindurchzuarbeiten. Ein stürmischer sozialpolitischer Fortschritt ist dabei ausgeschlossen. Hierzu sind die kapitalistischen Einflüsse

Aus der Ledertreibriemenindustrie.

In Anbetracht dessen, daß der Reichstagsrat in der Ledertreibriemenindustrie zum 30. September d. J. gestiftet wurde, war es notwendig, um den realen Stand der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erfassen, daß eine umfangreiche Erhebung bewerkstelligt wurde. Schon um bei den Verhandlungen nicht lediglich mit rein gefühlsmäßig eingestellten Schätzungen operieren zu müssen. Handelt es sich doch diesmal um die Abwehr von einschneidenden Verschlechterungen hinsichtlich der Arbeitszeit, der Ferienfrage und der sonstigen sozialen Veranlassungen. Den Argumenten der Unternehmer kann nur mit realen Tatsachen gebient werden. Dazu wird das Material gute Dienste tun. Aber andererseits ist die Erfassung der Verhältnisse schon deswegen von großem Nutzen, um einen allgemeinen Überblick über die Zustände in der Treibriemenindustrie zu erhalten.

Der Grundplan, alle für diese Industrie in Betracht kommenden Orte und Betriebe zu erfassen, war von vornherein gegeben, weil ein lädenloses Adressenmaterial aller zum Bereich gehörigen Firmen vorhanden war und zur Erfassung viel beitrug. Auf Grund dieser Tatsache haben wir die Fragebogen gleich, bevor diese an die Orte abgingen, mit Namen und Adressen der Firmen versehen können. Ein Umstand mehr zur Erleichterung der Orientierung. Das Ergebnis selbst kann bezüglich der Erfassung als gut bezeichnet werden, denn über 80 Prozent der im Reich vorhandenen Betriebe wurden gemultert. Im ganzen Reich konnten 242 Firmen für die Riemenindustrie in Frage.

Von den in Betracht kommenden Orten haben 119 Orte berichtet mit insgesamt 197 Firmen, von denen wiederum 26 Firmen zurzeit niemanden beschäftigen, so daß 171 Firmen mit 193 Beschäftigten erfasst wurden. Von den 26 Firmen, die niemanden beschäftigen, entfallen 14 auf Westdeutschland, 5 auf

Berlin, 3 auf Mitteldeutschland und der Rest auf die übrigen Bezirke. Nicht berichtet haben aber zum Teil nur schätzungsweise Angaben machen die verbleibenden 45 Firmen. Diese sind in der Statistik jedoch nicht aufgenommen. Diese nicht erfassten Firmen retrahieren sich nach Prüfung des Adressenverzeichnis meist aus kleineren und etlichen mittleren Betrieben. Schätzt man die Zahl der Beschäftigten der nicht erfassten Firmen auf 150 bis 180, so sind diese damit erschöpft. Diese Zahl kann die Erhebung über die Verhältnisse in der Riemenindustrie nicht beeinflussen. Von diesen nicht berichteten Firmen entfallen auf Westdeutschland 25, auf Süddeutschland 11, auf Mitteldeutschland 6, auf Berlin, Norddeutschland und Niederachsen je 1 Firma. Zu beachten ist ferner, daß es sich hier bei verschiedenen Firmen nicht um einen Betrieb, sondern nur um eine Niederlage von Treibriemen handelt, was naturgemäß nicht ohne weiteres aus dem Adressenverzeichnis ersichtlich war.

Die Berichtserstattung verteilt sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt:

Berliner Bezirk . . . 3 Orte mit 24 Firmen 207 Beschäft.	Schlesien u. Ostdeutschland . . . 7 " " 10 " 82 "
Mitteldeutschland 20 " " 31 " 401 "	Norddeutschland 6 " " 14 " 191 "
Niederachsen . . . 6 " " 13 " 160 "	Westdeutschland . 29 " " 47 " 411 "
Süddeutschland . 30 " " 32 " 302 "	

Zusammen: 100 Orte mit 171 Firm. 1918 Beschäft.

Beachtungswert ist ferner, wie sich die Zahl der Beschäftigten zusammensetzt:

Berliner Bezirk Schlesien und Ostdeutschland Mitteldeutschl. Norddeutschl. Niederachsen Westdeutschland Süddeutschland	Sattler		Hilfsarbeiter		Weibliche		Zusammen
	gel. ungel.	18 Jahre	über 18 Jahre	über 18 Jahre	unter 18 Jahre	unter 18 Jahre	
Berliner Bezirk	160	88	35	11	13	—	267
Schlesien und Ostdeutschland	65	—	15	2	—	—	82
Mitteldeutschl.	243	41	82	13	17	6	401
Norddeutschl.	104	80	40	7	4	—	191
Niederachsen	127	9	15	8	15	—	169
Westdeutschland	156	119	69	51	12	12	411
Süddeutschland	268	60	44	24	1	1	392
Zusammen:	1127	295	200	111	62	10	1918

Der Prozentsatz der gelernten Sattler (1127) gegenüber den Gesamtschäftigen (1913) ist gleich 60 Proz. Der Stand der gelernten Sattler in den einzelnen Bezirken ist folgender: Schlesien 80, Niederachsen 76, Süddeutschland 78, Berliner Bezirk 62, Mitteldeutschland 60, Norddeutschland 57 und Westdeutschland 38 Proz. Im letzteren Bezirk ist die Zahl der angelernten Sattler sowie der Hilfsarbeiter gegenüber den anderen Bezirken bedeutend. Betriebe, die über 20 Beschäftigte haben, sind vorhanden in Berlin 4 mit 59, 34, 21, 21, in Schwabach mit 28, Weitz 30, Gieschau 44, Altmühlweide 23, Leipzig 33 Beschäftigte bei je einer Firma, Dresden in zwei Firmen 41 und 90. Hamburg hat 5 Firmen mit 25, 20, 31, 32 und 37 Beschäftigten. Je eine Firma mit folgender Beschäftigtenzahl haben Wroldenburg 40, Köln 37, Nachr. 28, Boch 51, Duisburg 27, Braunschweig 69, Rürnberg 20, Göttingen 29, Neutlingen 23, Offenbach 32. München hat zwei Firmen mit je 22 Beschäftigten. Diese 28 Betriebe in 10 Orten haben somit zusammen 980 Beschäftigte, d. h. die Hälfte aller Beschäftigten. Die Mehrzahl der Betriebe hat bis 10 Beschäftigte, also der Kleinbetrieb ist vorwiegend. Beachtet man ferner, daß die geringere Hälfte mit 927 Beschäftigten auf 143 Firmen verteilt.

Neben dem bereits Erwähnten war die Frage, wie lange zurzeit wöchentlich gearbeitet wurde, mit am dringendsten. Bekanntlich war, trotz wiederholter Verhandlung, eine Regelung dieser Frage nicht möglich. Auch der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums kam allgemein nicht zur Anwendung, weil die Arbeitgeber auch diesen abgelehnt hatten. Nach dieser Schiedspruch konnte, wenn die wirtschaftliche Notwendigkeit vorlag, täglich eine Stunde, bei vorheriger Mitteilung an den Betriebsrat länger gearbeitet werden. Für diese Mehrarbeit sollten 15 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Seit März ist die Arbeitszeit also nicht allgemein geregelt. Deshalb konnte man mit einiger Spannung auf das Ergebnis der Statistik gefaßt sein. Behaupteten doch die Arbeitgeber, daß in einer großen Zahl von Betrieben der Achtstundentag bereits durchbrochen sei. Sattler mit das Ergebnis selbst sprechen.

Betriebe, die regelmäßig weniger als 48 Stunden in der Woche arbeiten, waren 17 mit 180 Beschäftigten vorhanden. Die 48-Stunden-Woche besteht in 125 Betrieben mit 1487 Beschäftigten. Dabei fallen auf den Berliner Bezirk 9 Betriebe mit 88, die unter 48 Stunden und 15 Betriebe mit 181 Beschäftigten, die 48 Stunden arbeiten. In Schlesien arbeiten 8 Betriebe mit 54 Arbeitern 48 Stunden. Mitteldeutschland zählte 5 Betriebe mit 63 Beschäftigten, die weniger als 48 Stunden arbeiten, und 24 Betriebe mit 393 Arbeitern, die pro Woche 48 Stunden

schaffen. Norddeutschland hat 13 Betriebe mit 161, Niederachsen 10 Betriebe mit 132 Beschäftigten aufzuweisen, die 48 Stunden wöchentlich arbeiten. Westdeutschland hat einen Betrieb mit 8 Mann, die unter 48 Stunden arbeiten und 28 Betriebe mit 321 Beschäftigten, die 48 Stunden pro Woche arbeiten. Süddeutschland zählte zwei Betriebe mit 13 Arbeitern, die unter 48 Stunden arbeiten. Die 48-Stunden-Woche haben 285 Arbeiter in 27 Betrieben. Rund 142 Betriebe mit 1647 Beschäftigten oder 85 Proz. der Gesamtzahl der durch die Statistik Erfassten arbeiten bis zu 48 Stunden wöchentlich.

Betriebe, die 49 Stunden und darüber arbeiten, sind 26 mit zusammen 266 oder 15 Proz. der Gesamterfassten gezählt worden. Die Hälfte dieser Betriebe, 13 mit 94 Arbeitern, entfällt auf Süddeutschland, wozu der Umfang beitrug, daß verschiedene Firmen, weil gemischte Betriebe durch Schiedspruch auf Grund der Arbeitszeiterordnung zu längerer Arbeitszeit gezwungen wurden. Deshalb auch der Antrag der Arbeitgeber, daß diese Firmen künftig nicht mehr unter den Reichstarif fallen sollen. Westdeutschland hat 5 Betriebe mit 82 Arbeitern angegeben. Jedoch sei hier darauf verwiesen, daß 25 Firmen nicht berichtet haben, so daß es sicher einige mehr sind als durch die Erhebung angegeben. Niederachsen zählte 5 Betriebe mit 37, Schlesien zwei mit 28, Mitteldeutschland zwei mit 15 und Norddeutschland ein Betrieb mit 10 Beschäftigten, die über 48 Stunden die Woche arbeiten. Im Berliner Bezirk wurde über 48 Stunden nicht gearbeitet. Bei der Beurteilung der Frage kommt noch ein Umstand in Betracht, und zwar der, daß zur Zeit der Umfrage in der Treibriemenindustrie der Beschäftigung nicht besonders stoll war. Die Unternehmer hatten also keinen Anlaß, auf Mehrarbeit zu drängen. Neben der Arbeitszeiterfrage war noch von Bedeutung, wie hoch bei Mehrarbeit, wenn solche verlangt wird, der prozentuale Zuschlag bemessen wurde. Nach der früheren Fassung des Reichstaris sollen 25 Proz. für Überstunden bezahlt werden. Ergehen hat die Rundfrage, daß 86 Firmen mit 1258 Beschäftigten oder 66 Proz. der Gesamtzahl diese noch erhalten. Ferner hatten 23 Firmen mit 214 Beschäftigten 15 bis 20 Proz. für Mehrarbeit als Zuschlag gegeben, und 6 Firmen mit 42 Arbeitern bezogten 10 Proz. Zuschlag, wobei demerkt sei, daß auch hier Betriebe mitgezählt sind, die zwar unter den Reichstaris fallen, aber die Regelung der Bezahlung der Mehrarbeit nach den im Betriebe bestehenden Gruppen vornehmen. Betriebe, die bei Arbeit über 48 Stunden teilerweise Zuschlag gaben, wurden 19 mit 141 Beschäftigten gezählt. Außerdem hatten 18 Betriebschäftigen mit 157 Arbeitern diese Rubrik nicht ordnungsgemäß ausgefüllt, so daß darüber nicht berichtet werden kann.

Die Frage, ob die Ferien auf Grund des Reichstaris gegeben wurden, ist in 188 Fällen für 1792 Beschäftigte bejaht worden. Hier muß gesagt werden, daß die Kollegen, die ihre Ferien aus irgendeinem Grunde bisher noch nicht erhalten haben, Anspruch erheben müssen, denn alle Unternehmer sind verpflichtet, diese zu geben.

Hinsichtlich der Löhne sei erwähnt, daß, seitdem die zentrale Verhandlung in Frankfurt kam, ein Teil der Drie nicht Schritt gehalten hat mit der Lohnentwicklung im allgemeinen. Näheres darüber zu berichten erübrigt sich, weil allmonatlich die Lohnentwicklung unserer Branchen, also auch die der Treibriemer, veröffentlicht wird. — f. —

Zur Lage in der Lederwarenindustrie.

In einer Beiratsungung des Verbandes deutscher Lederwarenindustrieller gelegentlich der Frankfurter Messe unterteilt man sich über die Lage der Industrie. Es wurde über Mangel an flüssigen Mitteln geklagt, die Industrie habe schwer unter den Steuerlasten zu leiden. Die brennendste Frage laute, ob es möglich sei, wieder konkurrenzfähig zu werden. Die Monopolstellung der deutschen Lederwarenindustrie vor dem Kriege auf dem Weltmarkt lege sich heute einer starken Konkurrenz gegenüber. Die Lederwarenindustrie sei aber heute noch mehr wie vor dem Kriege auf den Auslandsabfah angewiesen und müsse deshalb fordern, daß die ausländischen Zollstrafen durch eine vernünftige Handelsvertragspolitik soweit als möglich herabgesetzt werden und daß bei den deutschen Waren im Auslande die unbedingte Meistbegünstigung gewährt wird.

Hier haben wir in aller Klarheit das Gegenstück, wofür solche Forderungen, wie sie von der Automobilindustrie gefordert werden. Jede Interessengruppe veranlaßt eben für sich von der Regierung die Wahrung ihrer besonderen Interessen. Die objektive Berücksichtigung der Gesamtinteressen kommt immer erst später an die Reihe.

Ueber die besonderen Verhältnisse in der Lederwarenindustrie berichteten die verschiedenen Fabrikanten aus Württemberg, Baden, Bayern, Sachsen

und dem Rheinsland. Diese Berichte enthielten die längst bekannnten Klagen über die schlechte Beschäftigung der Industrie, die hohen Lederpreise. Die Fertigkeiten wären im Preise erheblich zurückgegangen, wegen sei in Metallwaren keine Preisänderung eingetreten, sie stehen noch 40—50 Proz. über Friedenspreisen, Pappen stehen ebenfalls noch über Weltmarktpreisen. Die Lage der Offenbacher Lederwarenindustrie wurde als sehr ungünstig bezeichnet, hier und da habe sich das Geschäft zwar leicht gebessert, doch sei es risikant geworden, weil deutsche Händler nur mit langen Zahlungszielen kaufen.

Die Zahl der Betriebe sei im Offenbacher Wirtschaftsgebiet erheblich zurückgegangen und viele in der Inflationszeit entstandene selbständige Unternehmungen hätten sich wieder der Heimarbeit zugewandt.

Wenn das zutrifft, müssen die Fabrikanten doch an diese neuen Heimarbeit Arbeiter zu vergeben haben. Wie reimt sich das alles zusammen?

An anderer Stelle wird wiederum folgendes über die Heimarbeit berichtet: „Ein Umstand, der die Exportfähigkeit, namentlich der Offenbacher Lederwaren, ganz besonders nachteilig beeinflusst, ist die Einschränkung der Heimarbeit und das Zwangsmeisterstellen, durch welches Offenbach im Frieden überallhin konkurrenz- und exportfähig gewesen ist.“

Während also erst berichtet wird, daß viele Unternehmer zur Heimarbeit übergegangen sind, wird im selben Zusammenhang von der Einschränkung der Heimarbeit zum Schaden der Exportfähigkeit berichtet. Also erst Vermehrung der Heimarbeit und gleichzeitige Verminderung. Was soll man denn von dieser merkwürdigen Logik halten? Da gewinnt man doch den Eindruck, als wenn eben ein buntes Märrlein zusammengeschrielet worden ist, ohne logischen Zusammenhang.

Auch folgender Satz ist bezeichnend: „Die durch die Erziehung der Heimarbeit für Offenbach eingetretene Notwendigkeit sich intensiver als früher mit dem Inlandsabfah zu beschäftigen, wird von der übrigen deutschen Lederwarenindustrie außerhalb Offenbachs sehr nachteilig empfunden.“

Also die Offenbacher Lederwarenindustrie ist auf Gebot und Verbot auf die Heimarbeit angewiesen, ihre Exportfähigkeit, was gleichbedeutend ist mit Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, hängt von der Heimarbeit ab? Die übrigen deutschen Lederwarenfabrikanten ärgern bereits vor der Offenbacher Konkurrenz auf dem Inlandsmarkt. Das sind ja recht weite Bekennnisse. Die Heimarbeiter stehen demnach trotz Tarifvertrag immer noch unter einem ähben Druck. Gänge Arbeitszeit und Zuschläge ohne aller Familienmitglieder sind nach wie vor das Mittel, was den Offenbacher Fabrikanten die Exportfähigkeit gesichert hat und allem weiter sichern kann!

Der Widerspruch ist damit allerdings auch noch nicht gelöst, der darin liegt, daß selbständige Unternehmer Heimarbeiter wurden, während gleichzeitig gesagt wird, sie sei eingeschränkt worden.

Zum Schluß wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Offenbacher Industrie sich trotz aller schlechten Aussichten wieder durchziehen und ihren guten Ruf in der Welt behalten. Auch wir wünschen das! Aber nicht auf Kosten der Heimarbeit.

Erhebungen über die Verhältnisse in den Auto- und Waggonfabriken in Thüringen.

Die Gausleitung in Erfurt hat eine Umfrage über die Verhältnisse in den Sattlerbetrieben der Auto- und Waggonfabriken in Thüringen vorgenommen, das Resultat ist folgendes: In 10 Betrieben wurden 139 Arbeiter, 8 Hilfsarbeiter, 21 Arbeiterinnen und 53 Lehrlinge beschäftigt. Die Arbeitszeit war bei zwei Firmen 5 Stunden (Richard u. Co. in Ronneburg und Simson u. Co. in Heirichs bei Suhl). Bei Bernhard Hellerich (Ehrhardtwerke) in Jella-Rehms wurden 52 Stunden gearbeitet. Bei Rudolf Rey in Arnstadt, Ditzwert und dem Karosseriewerk in Eisenach, Witroya in Gotha und der Beschäftigten Traugott Gothe in Gera (Reich) beträgt die Arbeitszeit 48 Stunden. In dem Apollomer in Apolda werden 40 Stunden und in der Waggonfabrik Gotha wird seit Dezember 1923 verkürzt gearbeitet.

Aktfordarbeiter ist in 7 Betrieben eingeführt, während in 3 Betrieben nur in Stundenlohn gearbeitet wird. Der tarifliche Stundenlohn beträgt in Arnstadt und Ronneburg 40,5 Pf., in Apolda, Eisenach (Ditzwert), Gotha, Suhl und Jella-Rehms 48 Pf., im Karosseriewerk, Eisenach, 57 Pf. In Stücklohn wird in Apolda und Arnstadt bis 53 Pf., in Gotha (Waggonfabrik) und Ronneburg 60 Pf., in Eisenach (Ditzwert) 63 Pf. und in Suhl 48 Pf. pro Stunde verdient. In Suhl stehen die Kollegen zurzeit in einer Lohnbewegung, da sie mit dem Verdienst von 48 Pf. nicht auskommen und höchst unzufrieden sind. Es wird durchweg über eine Verschärfung der Stücklöhne in den letzten drei Vierteljahren geklagt. Je schlechter die Organisationsverhältnisse in den ein-

gelten Betrieben stehen, desto mehr ist die Arbeitszeit verlängert und die Stücklöhne herabgesetzt worden.

Zeitkorrektur sind in 5 Betrieben eingeführt. Zum Teil hat man die Arbeit spezialisiert und die Lohnarbeit in Einzelaktoren festgelegt. Außerdem sind ungelernete Arbeiterkräfte eingestellt.

Alles das empfinden die Kollegen als eine Verschlechterung ihrer Lebenslage. Bei den Firmen, wo nur in Stundenlohn gearbeitet wird, werden in Chemnitz (Karosseriebau) 70 Pf., in Gotha (Maschinenbau) 60 Pf. und in Zeitz-Rehms (Helferisch) bis 60 Pf. pro Stunde verdient.

Wir erleben aus dieser Erhebung, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen und Lehrlinge im Vergleich mit den Vorjahren jetzt gemindert ist. Dieses ist die Folge größerer Spezialisierung der Arbeit. Hebrak sind die Unternehmer bemüht, ihre Betriebe in dieser Weise konkurrenzfähig zu gestalten. Dort, wo eine schwach organisierte Arbeiterschaft vorhanden ist, haben sie leichtes Spiel, indem sie auf Kosten der Arbeiterschaft die Automobile billiger herstellen. Wo unsere Kollegen gut organisiert waren, ist es ihnen gelungen, die Unternehmer zu veranlassen, die Betriebe technisch und arbeitsorganisatorisch zu modernisieren. Nur dort, wo die Kollegen in den Auto- und Waggonfabriken Thüringens schlecht organisiert waren, ist eine erhebliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eingetreten. Wir wollen indes nicht verkennen, daß der laufende Währungsverfall im Jahre 1923, die lange Kurzarbeit, größere Arbeitslosigkeit, alles zusammen demoralisierend auf die Kollegen eingewirkt hat.

Stehen wir jetzt vor einem wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland? Mit dem 10. Januar 1925 sollen die Fesseln, welche uns der Friedensvertrag von Versailles bezüglich des Abchlusses von Handelsverträgen auferlegt hat. Unsere Regierungsbeauftragten haben bereits mit anderen Staaten wegen Abchlusses von Handelsverträgen in Verhandlung. Die deutsche Automobilindustrie verlangt für einen Fordwagen, welcher ab April für 1765 Mk. verkauft wird, einen Einfuhrzoll von 3200 Mk., während er jetzt nur 965 Mk. beträgt. Wegen Handelsverträge abgeschlossen werden wo sie wollen, jedenfalls wird ein heftiger Konkurrenzkampf der deutschen Unternehmer einleiten. Dieser wird zuerst auf den Rücken der Arbeiter ausgehen. Darum ist es notwendig, daß unsere Kollegen zur zentralen Wahrnehmung ihrer Rechte kraft in unserem Verbandsorganisiert sind. Und so richten wir die Mahnung an alle Automobil-, Waggon- und Waggonfabriker: Beachtet, was vor euch liegt, schließt euch sofort unserem Verbande an, damit ihr eure Rechte wahrnehmen könnt.

H. Busch.

Zum 25 jährigen Verbandsjubiläum der Verwaltungsstelle Bielefeld.

Im Jahre 1899 nahm die hiesige Fahrradindustrie einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung, was allgemein fördernd für die Bielefelder Gewerkschaftsbewegung war. Nur vier Einzelmitglieder waren damals vorhanden, diese hielten es für angemessen, einmal eine öffentliche Versammlung für alle in der Branche beschäftigten Kollegen einzuberufen. Als Referent hatte Kollege Mühlmann den Kollegen Jermies aus Elberfeld bestellt, welcher aber an dem betreffenden Sonntag durch Jugoverpflichtung zu der angelegten Versammlung eine Stunde später erschien. Diese öffentliche Versammlung war aber kurz vorher von dem anwesenden Polizisten geschlossen worden. Die anwesenden Kollegen, etwa 10, beschlossen darauf, einen gemeinsamen Spaziergang zu unternehmen. Dieser führte nach der Sparrenburg, jener historischen Stätte, wo einst unser Er-Kaiser den berühmten Ausspruch: „Schwerste Strafe demjenigen, der andere an freiwiliger Arbeit hindert“, der Welt verkündete. Und an dieser selben berühmten Stelle wurde am 6. August 1899 die Sozialistische Arbeiterpartei gegründet.

Dem Aufstieg der Zahlstelle folgte mancher Rückschlag, dennoch entwickelte sich unsere Mitgliedschaft im Laufe der Zeit zu stattlicher Höhe. Und als im Jahre 1901 die Firma Witzlapp u. Co. die Gasmalchen- und die Firma G. Rohmann die Koffer- und Taschenfabrikation aufnahm, da kam auch der Gemeinamteitsgeist, die Erkennung des großen Erfolges, im Rahmen der Organisation eine höhere Kulturstufe zu erklimmen, nach und nach zu besserer Geltung. Zielbewußt haben die Gründer unserer Verwaltungsstelle die weitere Entwicklung gefördert und sich Mitarbeiter herangezogen. Aus den Einzelmännern sind wertvolle Bahnbrecher geworden, die der Aufwärtsentwicklung der Bca bereiten halfen.

In Bielefeld sind unsere Berufsgenossen fast restlos freigezogen, wir sind mit 800 Mitgliedern die größte Verwaltungsstelle in Rheinland-Westfalen geworden.

Jetzt arbeiten hier in der Lederwarenbranche 240 Kollegen. In der Autobranche 70, in der Treibriemenbranche 87, in der Fahrradindustrie 218 und in der Tapeziererbranche 65 Kollegen. Ein glücklicher Faktor für die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle ist das Vorhandensein größerer Betriebe, dadurch wird ein einheitliches, geschlossenes Zusammenarbeiten ermöglicht, was bei vielen Kleinbetrieben fast unmöglich ist.

Wenn wir am 1. und 2. November unser 25-jähriges Bestehen feiern, können auch gleichzeitig 3 Kollegen auf eine 25jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Drei zur Fahne hielten die Kollegen: Fischer, Fritz; Hagemeier, Heinrich; Schäde, Heinrich; Mühlmann, Wilhelm; Mümmeler, Max; Dautmann, Heinrich; Steding, Robert; Kellermann, Karl.

Sorgen wir nun in Zukunft auch dafür, daß der junge Nachwuchs uns nicht nur erhalten bleibt, sondern daß er sich zur treibenden Kraft ausbildet für die Verwirklichung unserer Zukunftsidee. D. R.

Der Bund der Freien Schulgesellschafsten Deutschlands

Am 4. und 5. Oktober in Dresden seine diesjährige Vertreterversammlung ab. Den Auftakt zu dieser kulturell wichtigen Tagung bildete eine öffentliche Versammlung, in der Bezirkschulrat Viehweg-Ebbau über „Weltliche Schule und Religion“ sprach. Seine Ausführungen gingen in der Richtung, daß es das Hauptanliegen unserer Zeit sei, daß wir uns in einem Nebel von Schlagworten und Zweifelsfragen befinden, die fast keinen Raum lassen, um die Dinge so zu betrachten, wie sie zu betrachten sind. Immer wieder verfuhr man es so hinzustellen, als sei die weltliche Schule eine Weltanschauungsschule, die nach einer anderen Richtung hin daselbe wolle wie die Konfessionsschule. Die Volksschule ist eine Einrichtung des Volkes, des Staates, und der Staat hat die Pflicht, diese Schule zu fördern, weil es bei der Fülle von Weltanschauungen und Konfessionen immer unmöglicher wird, auf sie Rücksicht zu nehmen. Die Errichtung von Sonderschulen, die immer dogmatisch sind, bedeute eine Isolierung der Volksgemeinschaft. Der gesellschaftliche Fortschritt kann nur durch eine allgemeine Volksschule gefördert werden. Man muß unterscheiden zwischen Religionsunterricht und Religion. Zu einer freien Sittlichkeit, die jeden verpflichtet, kommt man nicht durch Religionsunterricht. Durch Kulturng der Sittlichkeit an den sozialen Trieb sei sie zu erreichen. Die Religion ist zu einer Kinderangelegenheit geworden, an die das Kind nach der Schulzeit zu denken hat, nicht vorher. Nach der Auffassung des allgemeinen Volksschule heraus. Mit der Erkenntnis der Kultur muß sich auch Kulturkritik verbinden, die ein Stück kritischer Erziehung ist. Der Mensch ist nicht nur dienend und schützend, er muß Mensch sein und werden im wirtlichen Sinne. Je mechanisierter unsere Zeit wird, um so mehr regt sich auch in Menschen der Wille, eine wirkliche Befriedigung auch in der Arbeit zu finden. Jeder hat zu beweisen, daß er auf der Seite alles Lebenden steht. Die Heranbildung solcher Menschen ist das Ziel der weltlichen Schule, die eine kritische Erziehung ohne konfessionelle Einengung will, und deshalb allerorts gefördert werden muß. — An den mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine reiche Aussprache.

Die Vertreterversammlung, die am Sonntag, den 5. Oktober, ihren Fortgang nahm, wies 113 Delegierte, teils Lehrer, teils Eltern auf. Das Rheinland, Westfalen, Provinz und Freistaat Sachsen und Schlesien waren stark vertreten. Berlin ist dem Bund noch nicht angeschlossen, doch steht auch dort der Anschluß bevor. Der Osten kommt auf Grund der Struktur seiner Bevölkerung nur langsam vorwärts, doch ist man auch dort mit der Organisation und Bildung von Ortsgruppen und Verbänden stark tätig. Der Vorsitzende des Bundes, Rößler-Magdeburg, würdigte in einleitenden Worten die geschichtliche Bedeutung der vorjährigen Tagung in Magdeburg, wo es das erste mal gelang, die freien Schulgesellschaften und Vereine zusammenzufassen. Er wies aber zu gleicher Zeit auch auf die Bedeutung dieser Tagung hin, die im Brennpunkt schulischer Kämpfe stehe und als ein weiterer Schritt zur Aufwärtsbewegung und Erziehung freien Menschentums zu werten sei.

Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist zunächst ein Vortrag Rößler-Magdeburg hervorzuheben, der die weltliche Schule und ihre Probleme“ zerlegte. Ihm ist die weltliche Schule nicht nur eine Schule ohne Religion, die frei ist von den Bindungen eines konfessionellen Unterrichts, sondern sie soll eine wirkliche, religionserfüllte Schule sein, die aber dahin aufzufassen ist, daß religionserfüllt nicht konfessionell bedeute, sondern daß Religion als eine Kraft aufzufassen sei, die den Menschen über sich selbst erhebt, die ihn zu einem wahren Gemeinschaftsgefühl aller heranreift läßt. Die Vorbereitung einer neuen Menschwerdung muß von unten auf gehen. Wir dürfen uns nicht kümmern an Allhergebrachtes und

durch die Entwicklung lebendiges. An allen Orten und zu allen Zeiten haben die Menschen um die letzten Erkenntnisse gerungen. Die Aufgabe ist, Bausteine zu schaffen. Das Kind aber muß diese Bausteine fügen lernen, daß ein eigener Weltbau erstehe. Die Elternschaft muß zu schärferer Mitarbeit herangezogen werden. Viel tiefer muß in das soziale und wirtschaftliche Gebiet hineingestiegen, und aus dieser Erkenntnis am Neuaufbau gearbeitet werden. Die weltliche Schule wird getragen von denselben Menschen, die heute in den Gewerkschaften, der Frauen- und Jugendbewegung an der kulturellen Aufwärtsentwicklung tätig sind. Tiefen Bewusstseins haben wir beim Aufbau der neuen Menschwerdung zu folgen. Die weltliche Schule kann und wird die Hoffnungen erfüllen, die auf sie gesetzt sind.

Wenn die Debatte der öffentlichen Versammlung am Vorabend der Tagung schon zeigte, daß unter der Vertretererschaft Gegenläufe vorhanden waren, so brachte auch dieser Tag die Gegenläufe wieder zum Ausdruck. Gegenläufe, die nicht in der Idee, im Ziel liegen, sondern in der zu befolgenden Marschrichtung. Die Verschiedenheit der Marschrichtung liegt in der Struktur der Bevölkerung der einzelnen Landesteile. Während man in Sachsen auf Grund der politischen Verhältnisse die allgemeine Volksschule durch das Lehrgangsschulgesetz vom Jahre 1919 bereits hat, in der allerdinge Religionsunterricht noch so lange erlischt wird, so lange die Eltern ihre Kinder nicht davon abweisen, hat man im übrigen Reich diese Schulart nicht. Dort muß die Elternschaft ihre Kinder in die bereits errichteten weltlichen Schulen schicken, die besonders im Westen mit Katholikern fast zu kämpfen hat. Und hier liegen die Gegenläufe. Während auf der einen Seite die allgemeine Volksschule gefordert wird, fordert die andere Seite weltliche und proletarische Sonderschulen. Man handelt in einer Zwangslage, die im Augenblick nicht zu ändern ist. Das Erfreuliche aber ist, daß Hunderttausende sich die Hände reichen in dem Willen, zu einer neuen, besseren Schule zu kommen.

Nicht-herne gab in einem zweiten Vortrag: „Geht uns endlich unser Recht“ einen Ueberblick über den Stand der Reichsschulgesetzgebung. Seine Ausführungen waren Hauptgedanken aus seiner Flugchrift gleichen Namens wie der Vortra. Er schuf einen gemeinsamen Boden für zwei Anträge, die einstimmige Annahme fanden:

1. „Die Vertreterversammlung legt entschieden Protest dagegen ein, daß die in der Reichsverfassung verbriefene weltliche Schule noch immer keine reichsgesetzliche Regelung gefunden hat. Der Vorstand wird beauftragt, bei der Reichsregierung und den Parteiverordnungen energische Schritte zum beschleunigten Erlaß eines Gesetzes zur Errichtung weltlicher Schulen zu unternehmen.“

2. „Der Vorstand wird beauftragt, den Kampf um die Erringung eines Gesetzes mit der Arbeitsgemeinschaft freigeistlicher Verbände der deutschen Republik zu führen.“

Der Rest der Tagung brachte die Berichte des Geschäftsführers, des Kassierers, des Leiters der Werbetätigkeit und des Schriftleiters, die zum Teil scharfe Kritik hervorriefen. Zum 1. Vorsitzenden wurde Stadtschulrat Köpfer-Magdeburg gewählt. Die Tagung im nächsten Jahr wird in Düsseldorf oder Herne stattfinden.

Nicht man das Fazit dieser Tagung, dann muß gesagt werden, daß zwar starke Gegenläufe vorhanden sind, die aber, wie bereits erwähnt, ihre Grundursache in der Struktur der einzelnen Landesteile haben; daß aber überall ein starker Wille vorhanden ist, zu einer neuen, zur weltlichen Schule zu kommen, die in ihrer Gestaltung frei sein soll von den Bindungen, die jahrhundertlang auf einem Volke gefestigt haben. An der Arbeiterschaft selbst wird es liegen, hier mit Hand anzulegen und mitzuarbeiten. Auch hier ist ein großes — wenn nicht das größte — Stück Kulturarbeit zu leisten. Wenn wir einzig sind in dem Willen, am Neuaufbau der Menschheit mitzuarbeiten, dann heißt es auch hier, Herbe bekennen und den Kindern die Erziehung geben, die sie brauchen, um als vollwertige Menschen im Leben zu stehen. Gg. Schäfer.

Gelangen die Deutschnationalen in die Regierung?

„Das allgemeine Glück ist das Ziel der Gesellschaft.“ Es klingt sonderbar, wenn man diese Worte an die Spitze eines Artikels stellt mit obiger Ueberschrift, denn bis zum heutigen Tage hat gerade die Partei, die sich deutschnational nennt, den Beweis erbracht, daß sie das allgemeine Glück des deutschen Volkes mit Füßen zu treten versteht. Wenn diese Blätter in die Hände der Leser gelangen, dürfte die Frage wohl endlich entschieden sein, ob es tatsächlich soweit gekommen ist, daß die Deutschnationalen in die Regierung aufgenommen werden. Es hat ja den Anschein, als wenn die Demokraten entschlossen sind, fest zu bleiben und eine Beilegung der Deutschnatio-

nalen an der Regierung nicht zugestehen; wer kann aber mit Bestimmtheit sagen, ob es wirklich der Fall sein wird.

Man kann die politische Situation betrachten wie man will, unerfreulich bleibt sie immer. Ausgesprochen die Partei, die sorgfältig die Vaterlandsliebe als Monopol zu besitzen, ist der Stürzenfried, der immer wieder zu verhindern weiß, daß in Deutschland endlich ein vernünftiger Zustand geschaffen werden kann.

So lange diese Partei ihre zerkleinernde Politik fortsetzt, ist an eine Gesundung nicht zu denken. Gestenkt sie nicht in die Regierung, wird sie ihren ganzen Einfluß in den agrarischen, industriellen und handels-treibenden Kreisen aufbieten, um das deutsche Volk in neue Krisen zu verstricken.

Der Reichstag aufgelöst!

Am Montag, dem 20. Oktober, 8 Uhr 11 Min. abends wurde amtlich bekanntgemacht:

Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich.

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident, gen. Ebert.

Der Reichskanzler, gen. Marx.

Die Nachricht von der erfolgten Auflösung des Reichstags wird wohl in allen fortschrittlich gesinnten Kreisen Befriedigung auslösen. Das deutsche Volk findet nunmehr Gelegenheit zu zeigen, daß es den Ernst der Situation begriffen hat.

Die Situation ist so klar, daß man wohl erwarten kann, daß bei den kommenden Wahlen diesen Parteien kein Mensch eine Stimme gibt, der nur ein wenig politisches Verständnis besitzt.

Der Weg ist frei; wir alle wissen, was uns von einer reaktionären Regierung für Unheil kommen würde. Wohlan, sehen wir alle Kräfte dafür ein, daß endlich ein fortschrittlich gesinntes Parlament und eine Regierung zustande kommt, die nicht einseitige Partei- und Klassenpolitik treibt.

Die Arbeitslosigkeit Ende September 1924

im Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeulter-Verband.

Von 198 Verwaltungsstellen mit 32144 Mitgliedern, darunter 6291 weiblichen, haben 100 Verwaltungsstellen mit 28636 Mitgliedern, darunter 6798 weiblichen, berichtet.

Nicht berichtet haben 98 Verwaltungsstellen mit 3508 Mitgliedern, 3015 männlichen und 493 weiblichen.

Am letzten Arbeitstage im August waren arbeitslos 2370 männliche, 1008 weibliche, zusammen 3378 Mitglieder = 11,8 Proz. Im August war der Prozentfuß 13,1, im Juli 14,2, im Juni 10,3 Proz., es ist somit eine leichte Verbesserung der Beschäftigungsziffer zu verzeichnen.

Verkürzt arbeiteten:

Table with 4 columns: Stunden, männl., weibl., zusammen. Rows for 1-8, 9-16, 17-24, 25 and mehr, and Insgesamt.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist mithin ebenfalls auf 17,4 Proz. zurückgegangen von 27,6 im August. Auf die männlichen Mitglieder entfallen 12,2, auf die weiblichen 20,9 Proz. der Beteiligung an der Kurzarbeit.

Stichtag für Oktober ist der 31. Oktober, zum Ausfüllen und Einbinden der Berichtskarte.

Kundschau.

Anatole France f. Am 12. Oktober, kurz vor Mitternacht, ist Anatole France nach langem Leiden im Louvre gestorben.

Ein Blatt Papier zerreißt ein Kind und streut die Fäden in den Wind. Jedoch ein Band von tausend Blatt trotz selbst dem stärksten Goliath.

Leben. Anatole France wurde am 16. April 1844 in Paris als Kind eines Buchhändlers geboren. Mit einer Reihe sorgfältiger Romane und weißerhafter Novellen begründete er seinen Ruf als hochtalentierter Schriftsteller.

Bücherschau.

Max Ducaud: Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49. Verlag C. E. Hirschfeld, Leipzig. Brosch. 7,50 M., gebunden 9 M. — Auf 400 Seiten schildert der Verfasser die Geschichte der Arbeiterverbände aus jener Epoche, die vielen noch ein unbekanntes ist.

Soeben erschien die Oktobernummer des Kulturwillems, Monatschrift des Arbeiter-Bildungsinstituts in Leipzig. (Zu beziehen für 10 Pf. pro Nummer, Braustraße 17.)

Urania. Eine neue Zeitschrift für Natur- und Gesellschaftslehre, aus der hervorragende Mitarbeiter Beiträge liefern. Preis 30 Pf. pro Heft und 4 Mark bezogen für 1,50 M. vierteljährlich. Verlag Urania, Jena.

Die Gemeinde. Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit. Verlag Dieck, Berlin SW. 68, Lindenstr. 1. Preis 1,20 M. monatlich.

Ein Tageskalender, der immerzu umgeben werden kann, ist von F. W. Dieck in Rheinsheim bei Karlsruhe konstruiert worden. Am Ersten jeden Monats muß ein Stecker auf den richtigen Wochentag eingesteckt werden, alsdann braucht nur gedreht zu werden und das Datum ist da.

Lohnbewegungen und Streiks.

Ins Essen a. d. R. werden Differenzen bei den Tapezieren gemeldet. Kollegen, merkt diesen! Oberhausen im Rheinland. Lohn-differenzen sind bei der Firma Hemmers, Postmöbelfabrik ausgebrochen.

Magdeburg. Wegen Lohn-differenzen ist der Zugang nach Magdeburg bis auf weiteres für Tapezierer und Kleb- und Möbelarbeiter gesperrt.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 26. Oktober bis 1. November ist der 44. Wochenbeitrag fällig.

Es ist das Mindeste, was von jedem Verbandmitglied erwartet werden kann, die fälligen Beiträge pünktlich zu entrichten.

Den Alten zur Ehr., den Jungen zur Lehr!

Auf eine 25jährige Mitgliedschaft im Verband können zurückblicken:

In Alenburg Alwin Hofsfeld; er ist ebensolange Funktionär, Ortskassierer. In Ufersleben Karl Leubert. In Potsdam die Kollegen Erik Rehnke und Otto Franz, die ebenfalls lange Zeit als Funktionäre tätig waren.

Fachlehrbücher.

- A. Für Sattler. Der Sattler als Buchbinder. Der Sattler als Wagenkutscher. Handbuch für Sattlermeister. Unterrichtslehre für Sattler. Die Abreiß- und Anmachmaschinen. Der Sattlerlehre. Geschichte und Entzettel aller Arbeitstische. Das Verarbeiten. B. Für Tapezierer. Das große Tapeziererbuch, zusammen in drei Teilen. Teil I. Arbeiten an Wanddecken usw. Teil II. Alle Polierarbeiten. Teil III. Alle Dekorationsarbeiten. Zukunftslehre moderner Dekorationen. von Wangelhoff. Der Stoff als Baumaterial, von Engelhardt. Der moderne Polierer. Untersuchung der Wollgemischungen. Die Berechnung des Wollmehrs in der modernen Innendekoration. Das Waschen von Füll- und Mullgarbinnen. Das Waschen der Wolldecken. Die Fleckreinigung der Wände. Die Fleckreinigung. Das praktische Polieren. Verband gegen Vorenfaltung des Netzes beim Einbinden dieser Stoffe.

Sterbefall.

Berlin. Am 12. Oktober starb im Alter von 36 Jahren unser Mitglied, der Portefeulter Max Pavenhagen. — Am 10. Oktober Emil Krüpfel, Tapezierer, im Alter von 57 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Diemensattler,

perfekte Messerblätter, zum sol. Einheitspreis. Angebot von Leder- und Messerwerkzeugen. Gebr. Meierl. Frankfurt a. M., Bonamed.

Verteilter Polierer. In Arbeit, der auch in Berlin, dem. in der Ausstellung gezeigt. Für Qualitätsfragen kommen in Frage. Q. in welchem. Aufwände und Innendekoration. Arter, Fleckfrage.

Verteilter Portefeulter. In Arbeit, der auch in Berlin, dem. in der Ausstellung gezeigt. Für Qualitätsfragen kommen in Frage. Q. in welchem. Aufwände und Innendekoration. Arter, Fleckfrage.



G. Bruchlacher, Werkzeugfabrik, Berlin S., Oranienstraße 43.